

P/XVIIII/73

Bonn, den 17. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Eine Mahnung zur Verständigung ----- Zum Konflikt Bund-Länder Von E.G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	81
2a	Selbsterfleischung ----- Zur inneren Situation der CDU	50
3 - 4	Kein Geschäft mehr mit Antiamerikanismus ! ----- Klärungsprozeß in der westlichen Hemisphäre beginnt Von unserem Korrespondenten in den USA	84
5 - 6	Wer Kindern Paläste baut ... ----- Die Aufbauarbeit der Wiener Sozialdemokraten Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	68

Chefredakteur Günther Markscheffel

Eine Mahnung zur Verständigung

Zur Konflikt Bund-Länder

Von H. G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses

Die Endsumme des Haushaltsentwurfs 1963 wurde in den Schlußberatungen des Haushaltsausschusses mühselig auf 57,75 Milliarden DM festgestellt. Wirklich ausgeglichen ist der Etat damit ebensowenig wie er vollständig ist. Der Ausgleich steht solange auf dem Papier, als die Länder der Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von heute 35 Prozent auf künftig 40,5 Prozent widerstreben. Bundesfinanzminister Dr. Dählgren, der im wesentlichen den Entwurf seines Vorgängers vertrat und vertritt, konnte die Ministerpräsidenten der Länder und deren Finanzminister nicht zu einer entsprechenden Zusage bewegen. Das Bundeskabinett hat daraufhin die Einbringung eines Gesetzentwurfes beschlossen, der in Kürze den Bundesrat beschäftigen wird. Es ist nicht zu erwarten, daß der Bundesrat einer Verringerung des Länderanteils um 5,5 Prozent zustimmen wird. Dann steht im Bundeshaushalt 1963 ein Defizit von 2,05 Milliarden DM zur grundsätzlich vorgeschriebenen Deckung offen. Darüber hinaus aber stellt selbst dieser Mammuthaushalt nur einen Torso dar - es fehlen in ihm die Ansätze für die mit Sicherheit zu erwartenden weiteren Ausgaben im Rechnungsjahr 1963. Ich nenne die Kriegsopferversorgung, die Kindergeldgesetzgebung, die Mehrleistungen für Flüchtlinge, Spätheinkkehrer und Häftlinge, ich weise auf unvermeidliche Ausgaben für den zivilen Bevölkerungsschutz, auf Ausgabesteigerungen auf dem Gebiete der Wiedergutmachung und der Restitutionsen hin, von den immer erneut drohenden Mehrausgaben für die deutsche Landwirtschaft, von den endlich einmal zu stoppenden Höherleistungen für Verteidigung nicht zu sprechen. Alles dies läßt einen Nachtragshaushalt erwarten, dessen Deckung völlig im Nebel liegt.

Zunächst aber besteht die Aufgabe, für eine Deckung des jetzt vorliegenden Haushaltsentwurfs 1963 zu sorgen.

Wenn der Bundesrat Mein sagt, kommt der Bundestag zu Wort und im Hintergrund steht die Inanspruchnahme des Vermittlungsausschusses zu erwarten. Damit ist eine weitere Verzögerung in der endgültigen Verabschiedung des Bundeshaushalts für das seit nahezu vier Monaten laufende Rechnungsjahr unvermeidlich. Eine solche Entwicklung ist sachlich, politisch und im Hinblick auf eine endlich rechtzeitige Vorlage und Verabschiedung des nächstjährigen Haushaltsplans nur zu bedauern.

Was kann geschehen?

Man sollte endlich einmal wirklich miteinander reden und nicht nur aneinander vorbeireden. Die Vertreter des Bundes nehmen in einem bedauerlichen Ausmaß von den tatsächlichen Aufgaben und Belastungen der Länder und Gemeinden überhaupt nicht Kenntnis und manche Länder-

vertreter ignorieren ihrerseits - zum Teil aufgrund unbewiesener Zahlen - die wirkliche Belastung des Bundes. Tatsache ist, daß die dringend notwendige Finanzreform nicht vorliegt und auch nicht im Handkehrum geschaffen werden kann. Tatsache ist, daß Länder und Gemeinden weit mehr verschuldet sind, als der Bund. Tatsache ist, daß der Bund in aller Vergangenheit im Gegensatz zu Ländern und Gemeinden riesige vermögenswirksame Ausgaben aus Steuererträgen der einzelnen Rechnungsjahre finanziert hat und trotzdem zu erstaunlich guten Jahresabschlüssen kam. Was soll denn werden, wenn eines Tages Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung eine entscheidend rückläufige Entwicklung erfahren und einen Rückgang der allgemeinen Steuererträge bringen werden, wenn die Ausgaben der öffentlichen Hand insgesamt die finanzielle Stabilität und den Geldwert bedrohen? Ist es nicht endlich an der Zeit, behauptete Führungsfähigkeiten zu beweisen, für eine Stabilisierung der Preise und damit der Löhne zu sorgen, die ersten Voraussetzungen für eine echte Finanz- und Steuerreform zu schaffen und inzwischen die Grundlagen für den Ausgleich des Bundeshaushaltes 1963 zu erarbeiten?

Wie kann der Ausgleich aussehen?

Länder und Gemeinden sind mit Recht verbittert, weil der Bund es seit immer verstanden hat, ungeheure neue Vermögenswerte in Form von Investitionen verschiedenster Art zu Lasten der gerade lebenden Generation der Steuerzahler zu schaffen, statt, wie es für vermögenswirksame Ausgaben in der Reichshaushaltsordnung gefordert wird, diese Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt, ihre Deckung somit auf den Kapitalmarkt zu verweisen, während die Schuldenverpflichtungen der Länder und vor allem der deutschen Kommunen unausgesetzt wuchsen. Auch im zur Beratung stehenden Bundeshaushaltsentwurf 1963 werden wiederum umfangreiche Beträge für vermögenswirksame Ausgaben zur Deckung aus Steuererträgen dieses Jahres statt durch Anleiheaufnahmen vorgesehen. Mein Vorschlag geht dahin, die Bundesregierung möge endlich auf dieses unverantwortliche Finanzierungssystem für Anlage von neuem Vermögen verzichten und den Ländern offerieren, vermögenswirksame Ausgaben grundsätzlich nur über Anleihen zu decken. Sollte der Kapitalmarkt damit überfordert werden, dann sollen Regierung und Haushaltsausschuß gemeinsam die Dringlichkeit der geplanten Aufwendungen im Rahmen der verfügbaren Kapitalmarktmittel feststellen!

Geschieht das, dann tritt in Verbindung mit anderen noch möglichen Entlastungen eine Senkung der Endsumme des ordentlichen Bundeshaushalts nach seinem jetzigen Inhalt ein, so dass die Länder bei gutem Willen in der Lage sein werden, mit einer Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer um etwa 3 Prozent (also von 35 auf 38 Prozent) einen Ausgleich des vorliegenden Entwurfs herbeizuführen. Eine solche Lösung ist nach jeder Seite hin vertretbar. Unmittelbar danach muss sich die Bundesregierung überlegen, wie sie die im Etatentwurf fehlenden weiteren Ausgaben in einem Nachtragshaushalt decken will. - Jedenfalls hat der Deutsche Bundestag ein Recht darauf, klare Erkenntnisse der Regierung zu erwarten, über die alsdann gestritten und entschieden werden kann.

Selbsterfleischung

sp - Das volle Ausmaß der inneren Krise, in der sich die CDU befindet, läßt sich nicht überschauen. Die Erschütterung reicht jedoch tief und erfaßt auch bisher treueste Anhänger dieser Partei. Ihre Führung bietet ein Bild von nicht mehr zu übertreffender Verwirrung. In den CDU-Landesvorständen herrscht Resignation und die Kette von Wahl Niederlagen hat das einst so überhebliche Selbstbewußtsein der Partei Adenauers schwer angeschlagen.

Wie bei jeder Niederlage beginnt die Suche nach den Schuldigen. Man glaubt, ihn in Adenauer, dem derzeit noch antretenden Partei- und Regierungschef gefunden zu haben. Welch' ein erniedrigendes, deprimierendes Schauspiel! Der Mann, den einst seine Schildknappen zum Idol erkoren und denen jede Kritik an Adenauer als eine Todstunde erschien, wird nun von den gleichen Schildknappen vom Sockel gezerrt. Es geht dabei sehr unfein zu, man spart nicht mit Kraftausdrücken, die frühere glühende Bewunderung für den ersten Kanzler der Bundesrepublik verbrannte zu Asche.

Wie lange wird dieser grausame Akt der Selbsterfleischung andauern? Noch ist der Schatten des Alten aus Rhöndorf so bedrückend, daß er selbst die heftigsten Rebellen in der CDU bindet und sie nicht zur befreienden Tat kommen läßt. Im Verborgenen ballen sie zwar die Fäuste, lassen ihrem Zorn und ihrer Wut freien Lauf, kommt es jedoch zum Schwur, dann beschleicht sie der Mut des Hasen.

Wäre die CDU eine unbedeutende politische Gruppe, würde es wahrlich gleichgültig sein, was sich an Intrigen, wohlgezielten Indiskretionen und Dolchstößen abspielt. Die Unionsparteien stellen immerhin noch fast die Hälfte aller Abgeordneten im Bundestag, aus ihren Reihen stammen der Bundeskanzler und die Mehrzahl der Minister. Es gibt viele aufrechte und integere Persönlichkeiten innerhalb dieser Partei und wovon sie nun Zeugen sind, muß ihr Herz bedrücken und ihr Gemüt verdüstern. Die CDU war in ihrer Glanzzeiten eine weichenstellende politische Kraft, sie gab den eineinhalb Jahrzehnten der Bundesrepublik ein bestimmtes Gepräge. Was ist heute davon übriggeblieben? Unser Staatsschiff ist steuerlos geworden, es mangelt der zielsicheren Führung, es läßt sich treiben und dies in Zeiten, in denen sich neue Stürme ankündigen. Die innere Lähmung der CDU findet ihren Niederschlag in allen Bereichen der Politik, die bevorstehenden Dadochenkämpfe absorbieren alle Energien. Der Bundeskanzler setzt seine letzten ihm noch verbliebenen Kräfte ein, um der von seiner Partei gewünschten Nachfolger politisch und auch menschlich zu antworten. Er gießt die Schale ätzenden Hohnes auf alle, die ihn lieber heute als morgen nicht mehr im Palais Schaumburg sehen würden. Für den Aussenstehenden ergibt sich der bestürzende Eindruck, als wäre ihm das Schicksal seiner Partei und der weitere Weg des deutschen Volkes gleichgültig.

Das Gift des Mißtrauens, des verbitternden Faders und des inneren Zerwürfnisses hat den einst so mächtigen Körper der Unionsparteien befallen und kann ihn zur völligen Verwesung führen. Zum Glück für die deutsche Politik gibt es eine politisch unverbrauchte Kraft, die Sozialdemokratie, deren Existenz allein die Gewähr gibt, daß sich dieser Akt der Selbsterfleischung in der Kanzlerpartei nicht in einen Verfallsprozeß der deutschen Demokratie umsetzt.

Kein Geschäft mehr mit Antiamerikanismus !

Von unseren Korrespondenten in den USA

Staatssekretär Dean Rusk ließ sich, so wird aus verbürgten Quellen erzählt, zu Beginn dieses Jahres eine besondere Weltkarte geben, auf der alle Länder, in denen innerhalb der nächsten achtzehn Monate Regierungswechsel zu erwarten sind, farbig besonders hervorgehoben sind. Insgesamt gibt es mehr als dreißig solcher Länder auf dieser Karte, - darunter demokratische Länder, in denen Neuwahlen bevorstehen (Italien), oder Neuwahlen in nächster Zeit fällig werden dürften (England) oder Länder, in denen es eine "Wachablösung" geben wird (Deutsche Bundesrepublik), - sowie Länder, in denen konvulsive Zuckungen, Revolutionen, Staatsstreichs oder Militärputsche zu erwarten sind, - wozu eine Reihe lateinamerikanischer Staaten gehört, arabische und orientalische Länder, und endlich einige Staaten im Fernen Osten, wie Südkorea und Viet Nam, - aber auch etliche kommunistische Staaten, deren Stabilität ebenfalls angezweifelt wird.

Wahlen in Kanada und Chile

Einige Länder können von dieser interessanten Karte bereits gestrichen werden. Kanada hat soeben seine Unterhauswahlen gehabt; noch wichtige Neuwahlen, bei denen viel auf dem Spiel stand und in denen sich die Wähler für oder gegen die seltsame Form von kanadischem Isolationismus aussprechen hatten, die durch den bisherigen konservativen Ministerpräsidenten Diefenbaker repräsentiert wurde. Außerdem fanden Neuwahlen in Chile statt, zwar nur Gemeinde- und Provinzialwahlen, aber doch nach der zugespitzten Lage in Chile entscheidend wichtig, weil die regierende bürgerliche Partei wußte, daß ihre Wähler nach links abwandern; aber es war zweifelhaft, ob sie ganz nach links gehen würden, zu einer Nec-Castro-Bewegung, wie man befürchtete, oder nur zu einer neuen gemäßigten Reformpartei, die in der chilenischen Politik der große unbekannte Faktor war.

Das Staatsdepartement weiß nunmehr, wie dort der Wind weht und wie es seine eigene Politik der neuen Lage in beiden Ländern anzupassen hat. In Kanada erlitt die isolationistische Politik Diefenbakers, die dem Wesen nach "anti-yankee" war, aber außerdem auch anti-britisch und anti-europäisch und eben nur und ausschließlich pro-kanadisch im engsten Rahmen - eine deutliche und unbestrittene Niederlage, wenn auch die Liberale Partei Lester Pearsons, die weltweiter und weltoffener ist und zum mindestens graduell den Alliierten und Verbündeten Kanadas zugewandt ist, kein klares Mehrheitsmandat von den Wählern bekommen konnte, sondern auf etwas unsichere Koalitionsbeziehungen angewiesen ist. Diefenbakers Regierung war die einzige, der USA befreundete Regierung, die im vorigen Herbst in der Kubakrise nicht "mitspielte" und vor den entsetzten Augen Kennedys das Schreckgespenst der ungeschätzten "offenen Flanke" im Norden auftauchen ließ - woraufhin die bitteren Äußerungen Washingtons gegen Diefenbaker verständlich wurden.

Ein dritter Weg

In Chile war es die blutjunge neue Partei der gemäßigten Linken, die in den lokalen Wahlen den Löwenanteil der Beute davontrug. Sie bewies damit, daß es in Lateinamerika einen "dritten Weg" gibt: weder den Weg der erzreaktionären spanischen Hidalgos und Plantagenbesitzer, die

jeden Peso, sobald sie ihn verdient haben, in New York oder in der Schweiz auf der Bank deponieren und auch nicht im Traum daran denken, eigenes Kapital für Aufbauzwecke im eigenen Land zu investieren, - und auch nicht den Weg Castros und der Kommunisten, den man bisher allzu oft für die einzige Alternative halten müssen. Chile beweist, daß es einen dritten Weg gibt, den Weg der gemäßigten Reformen, der aufgeschlossenen fortschrittlichen Demokratie bei gleichzeitiger freiheitlich-westlicher Orientierung der Aussenpolitik.

Diesen Beweis hat Chile nicht als erstes Land geliefert, es hat nur die These dramatisch erhärtet. Diese gemäßigte Reformrichtung regiert seit Jahr und Tag in Venezuela in der Person des in Washington so hoch geschätzten Präsidenten Romulo Betancourt, zweifellos der beachtlichste Staatsmann, den Lateinamerika heute besitzt. Diese Richtung gewann auch die ersten freien Wahlen in der Dominikanischen Republik, die es seit dem Sturz des Regimes Trujillo - der anerkannt schlechtesten Regierungsform der Welt, dort wieder gab. Diese Politik der demokratisch-freiheitlichen Reformen suchen die USA - wenigstens jetzt, in der Ära Kennedy - in ganz Lateinamerika zu stützen und zu fördern - und der Sieg dieser Partei in den chilenischen Wahlen ist daher für Washington über alle Maßen erfreulich.

Gebesserte Flankenstellungen

Aus diesen Entwicklungen darf man gewisse Lehren ziehen. Mit billiger Anti Amerikanismus kann man offensichtlich keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken, - weder in Kanada, dessen kühle Dominions-Atmosphäre mit solider demokratischer Basis nie ein guter Boden für diese Ideologie war - noch in Lateinamerika, wo Anti Amerikanismus jahrelang der beste Modeschlag war, der sich denken ließ. Lateinamerika folgt auch nicht mehr ohne weiteres den Exportparolen von Fidel Castro oder, vorsichtiger formuliert, viele Lateinamerikaner, die an sich ideen- und programmäßig Castro durchaus nahestehen, waren entsetzt, als sie sahen, daß Kuba zu einer vorgeschobenen sowjetischen Raketenbasis wurde.

Präsident Kennedy weiss sehr wohl, daß seine "Allianz für den Fortschritt", sein grosses Reformprogramm für Lateinamerika, noch längst nicht befriedigend angerollt ist, - es gibt sogar Skeptiker die glauben, es werde niemals richtig anrollen. Aber es ist gut, mit gebesserten Flankenstellungen im Norden wie im Süden in den Sommer hineingehen zu können; und in diesem Fall, ist die Abwendung vom Anti-Yankeeetum in der westlichen Halbkugel ein neuer und bemerkenswerter Faktor der Stabilisierung.

Wer Kindern Paläste baut ...

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Vor jedem Wahlgang in Österreich malt die konservative ÖVP das Gespenst der "roten Herrschaft" an die Wand. "Nur ein Mandat mehr und die rote Herrschaft beginnt!" hieß es vor den letzten Parlamentswahlen im Herbst 1962 beschwörend auf den Wahlplakaten der ÖVP. Nicht viel anders ist es im gegenwärtigen Wahlkampf zur Bundespräsidentenwahl vom 28. April, wo es darum geht, ob wieder - wie seit 1945 - ein Sozialist Staatsoberhaupt werden soll.

Das Gespenst der "roten Herrschaft" soll dem österreichischen Wähler Schrecken einjagen. Das kann der ÖVP aber nur bei jenen gelingen, die sich das eigene Denken abgewöhnt haben. Denn es gibt in Österreich ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie eine solche "rote Herrschaft" nämlich eine Regierungsmehrheit der Sozialisten, in der Wirklichkeit aussieht: das ist die Bundeshauptstadt Wien.

Sowohl in der ersten als auch in der zweiten Republik hatten die Wiener Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Wien ist nicht nur eine große Gemeinde von rund 1,6 Millionen Einwohnern, sondern auch eines der neun österreichischen Bundesländer. Der Wiener Stadtsenat ist zugleich Landesregierung, der Bürgermeister von Wien, Franz Jonas, zugleich Landeshauptmann. Die ÖVP hat in Wien nicht einmal genug Stimmen, um einen Vizebürgermeister stellen zu können. Bei den letzten Parlamentswahlen 1962 haben die Wiener Sozialisten ansehnliche Stimmengewinne erzielt.

Wien als Beispiel

Wien ist also ein Beispiel dafür, wie in Österreich eine "rote Herrschaft" der Sozialisten aussehen würde. Was etwa den sozialen Wohnungsbau betrifft, war Wien schon in der Zwischenkriegszeit nicht nur für Österreich, sondern für die gesamte zivilisierte Welt beispielgebend. Kommunalpolitiker aus vielen Ländern kamen nach Wien, um hier die großartige Wohnbautätigkeit der sozialistischen Gemeindeverwaltung zu studieren. Diese stolze Tradition wurde auch nach dem zweiten Weltkrieg fortgesetzt.

Aber auch auf einem anderen kommunalpolitischen Teilgebiet zeigt sich in Wien das Ergebnis einer sozialistischen Regierung: bei den Kindergärten. Wien besaß hier ein großes kulturelles Erbe. Als nämlich

Friedrich Fröbel 1840 in Thüringen den ersten Kindergarten gründete, war Wien die erste Stadt der Welt, die sein Beispiel nachahmte. Später wurde dann unter sozialistischer Führung das Kindergartenwesen in Wien stark ausgebaut. Auch die italienische Ärztin und Pädagogin Maria Montessori wirkte in Wien und schuf im Arbeiterbezirk Favoriten einen Musterkindergarten nach ihrer revolutionären Methode.

... reißt Kerkermauern nieder

Bei der Eröffnung eines großen städtischen Kindergartens sagte 1928 der sozialdemokratische Fürsorge-Stadtrat Prof. Julius Tandler: "Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder." 1931 gab es in Wien rund hundert Kindergärten. Heute hat sich diese Zahl bereits verdreifacht. "Die besondere Sorge und Liebe der Stadt Wien", erklärte der Wiener Bürgermeister, der vor wenigen Tagen zum SPÖ-Parteivorsitzenden von Wien wiedergewählt wurde, "gilt den Kindern, die sich in einer guten und frohen Gemeinschaft entwickeln sollen, damit sie unser aller Arbeiterschaft um so besser fortsetzen können. Wenn wir Kindergärten errichten, so erfüllen wir damit eine Aufgabe, die unserer eigenen Zukunft und der Zukunft unserer lieben Stadt Wien dient".

Nach 1945 wurden in Wien unter der sozialistischen Gemeindeverwaltung nicht nur die Kriegsschäden an den Kindergärten behoben, sondern an die hundert Kindergärten neu errichtet. Infolge der stark angewachsenen Zahl berufstätiger Mütter besteht allerdings noch immer ein großer Bedarf. In fast jeder neuerbauten großen Wohnhausanlage errichtet daher die Gemeinde Wien einen neuen Kindergarten. Daneben gibt es auch zahlreiche Säuglingskrippen, "Krabbelstuben", Horte, Sommerkindergärten, Tagesheimschulen usw.

Die schönste und ergreifendste Einrichtung dieser Art wurde 1949 eröffnet. Es ist ein Sonderkindergarten für körperlich, geistig oder seelisch geschädigte Kinder, ursprünglich für jene Kinder, die solche Schäden und Verstümmelungen durch Kriegseinwirkungen erlitten haben. In Dankbarkeit für die Hilfe des Schweizer Volkes an die Wiener Kinder der ersten Nachkriegszeit und in Verehrung des großen Schweizer Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi wurde dieser Kindergarten "Schweizer Spende" benannt. Als er zum ersten Male kriegsgeschädigten Kindern seine Tore öffnete, stand tiefbewegt ein alter General dabei. Es war der damalige sozialistische Wiener Bürgermeister Dr. Theodor Körner, der spätere Bundespräsident der Republik Österreich.